

4. **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800

Erläuterungsband Einzelplan 08
Vorlage 17/301

Vermerk des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 08
Vorlage 17/384

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) hält die Haushaltstitel in den Bereichen Heimat und Quartier angesichts fehlender konzeptioneller Überlegungen für außerordentlich üppig. Er kündigt Anträge im Rahmen des Haushaltsverfahrens an.

Bei den Themen Quartier und altersgerechtes Wohnen, die nun beim Heimatministerium lägen, fielen offensichtlich Zuschüsse für wichtige Bereiche weg. Dabei handele es sich wie im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales um ein gewisses Katz- und-Maus-Spiel, was denn nun weg falle. Offensichtlich solle allerdings die Förderung der Quartiersarbeit sowie des altersgerechten Wohnens inhaltlich deutlich geschleift werden. Auch hier kündigt er entsprechende Haushaltsanträge an.

Christian Dahm (SPD) schließt sich Mehrdad Mostofizadeh an, hält den Stellenaufwuchs allerdings nicht nur für üppig, sondern für geradezu opulent. Die Überschrift „mehr Bürokratie wagen“ hielte er für angemessen. So wolle das Ministerium eine Transparenzkommission und eine Stabsstelle einrichten, wofür man erhebliches Personal benötige, was nicht der politischen Vorstellung seiner Fraktion entspreche.

Zudem lehne man den Baubereich mit der Landesbauordnung, dem sozialen Wohnungsbau und den Einschränkungen bei der Quartiersentwicklung ab.

Er kündigt für die kommende Sitzung des HFA in der kommenden Woche zwei Anträge seiner Fraktion an. Dabei handele es sich zum einen um die Absenkung der Krankenhausinvestitionsumlage von 40 auf 20 % sowie um eine Veränderung beim FlüAG. Damit knüpfe man nahtlos an den Antrag zum Nachtragshaushalt für die Verlängerung der Finanzierung der geduldeten Flüchtlinge von drei auf sieben Monate an.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU) hält den Stellenaufwuchs weder für üppig noch für opulent. In den Kommunen sängen alle Fraktionen das Hohelied auf das Ehrenamt, was man genau in dem Kapitel Heimat stark berücksichtige. Zudem wolle man die Kommunen stark machen, die dem Ehrenamt helfen sollten. Allein dieser Teilaspekt rechtfertige die veranschlagten Mittel. Insofern empfinde er die Worte üppig und opulent fast als Beleidigung.

Fabian Schrupf (CDU) hält es für völlig schleierhaft, dass die SPD-Fraktion einen Widerspruch zwischen den Themen Heimat und Quartiersentwicklung konstruieren wolle, denn Heimat sei das verbindende Element für die Lebensqualität in den Quartieren, was die Stabsstelle rechtfertige. Dabei gehe es um Themen wie Traditionsbewahrung oder die Denkmalpflege, bei der man nun die Denkmalfördermittel wieder einstelle, denn auch dabei handele es sich um Heimat und um Quartiersentwicklung, womit man die Lebensqualität erhöhen könne.

Es mache ihn schmunzeln, so **Henning Höne (FDP)**, dass sich die Erfinder des Effizienzteams an einer Stabsstelle rieben. Er erinnert an die letzte Ausschusssitzung, die die Unterschiedlichkeit des Verständnisses des Begriffes Heimat aufgezeigt habe. Wenn man den Begriff Heimat definierte, würde man damit zwangsläufig manches ausschließen. Es handele sich um einen neuen Bereich der Landespolitik, der parteiübergreifend mit Leben gefüllt werden müsse.

Er mahnt, zu einer konstruktiven Kritik der Opposition gehöre auch die Betrachtung von Verbesserungen im Vergleich zu den Vorjahren wie beispielsweise bei der Eigentumsförderung.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) widerspricht, es gehe nicht um die Definition des Begriffes Heimat, sondern schlichtweg darum darzustellen, was mit dem Geld passieren solle, was sich ihm nicht erschließe. Dazu reiche der pauschale Hinweis von Bernhard Hoppe-Biermeyer zur Stärkung des Ehrenamtes nicht aus, denn dann könne man die gesamte Haushaltsberatung einstellen und nur noch mit Überschriften arbeiten. Der Haushaltsplan müsse eine Richtung vorgeben, mit der das Geld ausgegeben werde.

Er betont, er habe keineswegs die Begriffe Quartier und Heimat gegenübergestellt, sondern halte die Festlegung der Landesregierung, altersgerechtes Wohnen und viele innovative Wohnprojekte nicht mehr zu fördern, für falsch. Auf der einen Seite gebe man Geld für etwas aus, bei dem die Inhalte noch nicht klar seien, auf der anderen Seite setze man falsche Prioritäten.

Man werde sich selbstverständlich der politischen Diskussion um den Begriff Heimat nicht verschließen, betont **Christian Dahm (SPD)**. Hier werde allerdings Geld in den Haushalt eingestellt für etwas, von dem man noch gar nicht wisse, wofür man es ausgeben wolle. Die Koalition wolle in den nächsten Jahren 113 Millionen € alleine dafür einstellen, den Heimatbegriff zu finanzieren, ohne zu sagen, was konkret dahinterstecke.

Die Ausführungen von Bernhard Hoppe-Biermeyer irritierten ihn völlig, denn das Ehrenamt liege bei der Staatskanzlei.

Er fordert Henning Höne auf, bei der von ihm angekündigten Eigentumsförderung endlich den immer angekündigten Antrag auf Absenkung der Grunderwerbsteuer einzubringen. Tatsächlich wolle die Koalition aber nicht auf dieses Geld im Landeshaushalt verzichten und ziehe sich aus der Verantwortung, indem man wie im Koalitionsvertrag

vereinbart die Eigentumsförderung mit einer Bundesratsinitiative angehen wolle. Dabei handele es sich um eine Mogelpackung, denn die Koalition wisse genau, dass sie dafür auf Bundesebene keine Mehrheit mehr bekommen werde. Dieses Vorgehen halte er für unredlich. Vielmehr müsse man die Grunderwerbsteuer senken, wobei die Koalition genau wisse, dass dies nicht gehe, weil die Einnahmen vom Finanzminister im Haushalt bereits eingerechnet worden seien.

Roger Beckamp (AfD) meint, bei Heimat handele es sich um einen Generalbegriff, unter dem man alles ablegen könne. Henning Höne öffne die Tür für eine gewisse Beliebigkeit. Der Begriff Heimat werde von der CDU vermutlich als Etikett gebraucht, ohne genau zu wissen, was man damit anfangen solle. An der Definition wirke seine Fraktion gerne mit.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) möchte mit Blick auf einen Einwurf von Henning Höne wissen, ob die Landesregierung einen neuen Grunderwerbsteuersatz vorschlage und es diesbezüglich noch eine Ergänzungsvorlage geben werde, oder ob die schwarz-gelbe Landesregierung den gleichen Grunderwerbsteuersatz von 6,5 % wie die rot-grüne Landesregierung für den Haushalt 2018 vorschlage.

Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG) widerspricht Mehrdad Mostofizadeh, die Landesregierung werde die altengerechten Quartiersentwicklung nicht mehr fördern, was nicht stimme. Ihr Haus habe das Thema altengerechten Quartiersentwicklung aus dem Landesförderplan Alter und Pflege bekommen. Die Quartiersförderung liege in ihrem Haus bei der Städtebauförderung und der sozialen Wohnraumförderung. Darüber hinaus gebe es die Quartiersakademie und das Pilotprojekt „Generationengerechtes Wohnen im Quartier“ unter Beteiligung der NRW.BANK und anderer Partner wie zum Beispiel Bertelsmann. Schon jetzt gebe es fünf verschiedene Instrumente, die sich mit dem Thema altersgerechte Quartiere befassen.

Vor diesem Hintergrund wolle die Landesregierung diese völlig verschiedenen Instrumente, die sich demselben Thema widmeten, aufeinander beziehen, um so zu einer besseren Zielerreichung zu kommen. Deswegen schaue man sich bis zum Sommer 2018 die verschiedenen Instrumente an und werde sie sinnvoll zusammenführen. Dazu gehöre auch die weitere Zusammenarbeit mit dem Landesbüro Altengerechte Quartiersentwicklung in Bochum. Das Nebeneinander der letzten Jahre in Bezug auf verschiedene Quartiersansätze wolle man stärker aufeinander beziehen und miteinander verschränken, damit man die entsprechenden Ziele für die Bürgerinnen und Bürger auch tatsächlich erreiche und es am Ende nicht nur bei Pressemitteilungen über das bleibe, was man politisch beabsichtige.

In Bezug auf seine Frage zum Grunderwerbsteuersatz teilt sie mit, sie habe den Einwurf von Henning Höne nicht gehört. Insofern möge Mehrdad Mostofizadeh seine Frage direkt an Henning Höne richten.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) insistiert, nach der Landesverfassung hätten die Abgeordneten ein Recht darauf, ordnungsgemäß von der Landesregierung über Sachverhalte unterrichtet zu werden. Insofern bitte er die Ministerin darzulegen, ob der in dem ihm vorliegenden Haushaltsband vorliegende Grunderwerbsteuersatz in Höhe von 6,5 % zutreffe oder ob die Landesregierung in diesem haushaltsverfahren daran Änderungen plane.

Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG) meint, diese Frage werde eigentlich besser im Haushalts- und Finanzausschuss diskutiert; sie werde dazu gleichwohl, dann eben für den Finanzminister Stellung nehmen. Die vorgeschlagenen 6,5 % würden auch im Haushalt für das Jahr 2018 berücksichtigt, weil es einen laufenden Bundesratsantrag der NRW-Koalition in Bezug auf Freibetragsregelungen auf Bundesebene in Bezug auf die Grunderwerbsteuer gebe. Dazu liege ein zweiter Bundesratsantrag aus Schleswig Holstein vor, mit dem auch noch die Thematik der Share-Deals im Zusammenhang mit der Grunderwerbsteuer auf der Tagesordnung stehe. Bevor man diese Bundesratsinitiative nicht zu einer Klärung geführt habe bzw. in den anstehenden Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD zu einer Lösung führe, könne man so etwas nicht proaktiv machen. Man wolle eine Variabilität im Zusammenhang mit der Grunderwerbsteuer für die Länder haben, also eine Ermächtigung, sie freier zu gestalten als bisher. Dabei handele es sich um einen laufenden politischen Beratungsprozess.

Stefan Kämmerling (SPD) greift die Ausführungen auf, der Bereich Heimat umfasse demnächst auch das Ehrenamt. Als Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses habe er sich auch mit dem Einzelplan der Staatskanzlei befasst, in dem der Bereich Ehrenamt explizit ausgeführt werde. Er möchte wissen, ob die Landesregierung deshalb zukünftig über den Einzelplan 08 das kommunale Ehrenamt und über den Haushalt der Staatskanzlei andere Ehrenämter finanzieren werde oder wie man sonst differenzieren wolle.

Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG) betont, in Nordrhein-Westfalen gebe es Zigttausende ehrenamtliche Heimatgestalterinnen und Heimatgestalter. Sie setzten sich in vielfältiger Weise für die Identität ihrer Stadt oder ihrer Region ein. Insofern sei Heimat eng mit den Ehrenamtlichen verknüpft. Beides miteinander zu verzahnen inklusive der Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt, sei eine Aufgabe, mit der man sich auseinandersetze. Dies werde man nicht konfrontativ klären, wie es die Opposition versuche, sondern man arbeite Hand in Hand, weil es um die Gestaltung der Heimat in Nordrhein-Westfalen gehe. Dabei spiele das Ehrenamt eine wichtige Rolle, was die Abgeordneten aus ihrer Arbeit wüssten.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/800 anzunehmen.



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

12. Sitzung (öffentlich)

8. Dezember 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:15 Uhr bis 13:50 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1. Gesetz zur Änderung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung – BauO NRW) 5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/493

in Verbindung mit

**Vernunft statt Vergangenheit: Finger weg von der neuen
Landesbauordnung!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/512

Ausschussprotokoll 17/78

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/493 anzunehmen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD-Fraktion Drucksache 17/512 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

2. Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf in NRW weiter ausbauen **9**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1279

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU der FDP und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion, sich an der Anhörung nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

3. Information zur Nutzung von Wohnraum zu Zwecken der Kurzzeitvermietung **10**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/341

4. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) **11**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800

Erläuterungsband Einzelplan 08
Vorlage 17/301

Vermerk des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 08
Vorlage 17/384

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD, den
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/800
anzunehmen.

- 5. Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2018 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 – GFG 2018) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes** 15

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/802

Vermerk des Berichterstattergesprächs zum GFG 2018
Vorlage 17/387

Ausschussprotokoll 17/105

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/802 anzunehmen.

- 6. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen** 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/750

in Verbindung mit

- Kommunale Investitionen stärken – Ausgewogene und zielgerechte Verteilung der Bundesmittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds beibehalten** 19

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/82

Ausschussprotokoll 17/106

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD

und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/750 anzunehmen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/82 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

- | | |
|---|-----------|
| 7. Sachstand zusätzliche Aufwandsentschädigung für kommunale Ausschussvorsitzende | 22 |
| Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/376 | |
| 8. Geplante Abschaffung des Sozialtickets durch Schwarz-Gelb | 24 |
| Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/366 | |
| 9. Werden Flüchtlingspaten in NRW für die Übernahme von Bürgerschaften für Bürgerkriegsflüchtlinge im Nachhinein durch die Behörden bestraft und in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht? | 25 |
| Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/390 | |
| 10. Bericht zur Lage der nordrhein-westfälischen Kommunalhaushalte im Jahr 2016 | 26 |
| Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/360 | |
| 11. Verschiedenes | 27 |